



ANTRAGSBUCH JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

BESCHLOSSEN

18. NOVEMBER 2023, MAINZ-KOSTHEIM

Antragsgruppe 1: Partei

A1

Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen (§ 14.1)

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen:

Die SPD Wiesbaden führt 2024 ihre Parteitage (ordentlich wie außerordentliche) als Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen durch.

A2

Antragsberechtigung nach §10.4 der Satzung der SPD Wiesbaden

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen:

§10 Abs. 4 der Satzung der SPD Wiesbaden wird wie fett-schwarz hervorgehoben ergänzt und lautet im Ergebnis wie folgt:

Antragsberechtigt sind:

- a) der Unterbezirksvorstand,
- b) die Mitgliederversammlungen und Vorstände der Ortsvereine,
- c) die Arbeitsgemeinschaften,
- d) die vom Unterbezirksvorstand eingesetzten Arbeitskreise und Foren

A3

Rechtsextremismus, AfD, antidemokratische Entwicklung

Die Mitgliederversammlung hat den Antrag an den UBV überwiesen.

Die SPD Wiesbaden startet eine Kampagne gegen den wachsenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Diese soll nicht nur aus wohlklingender offensiver Rhetorik bestehen, sondern konkrete Maßnahmen und Aktionen beinhalten:

Die SPD Wiesbaden organisiert spätestens mit Beginn des Frühjahrs 2024 verschiedene Formen der Diskussion und Information zur Gefahr des Rechtsextremismus mit:

- Vorträgen, Themenseminaren/Schulungen in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und auf UB-Ebene
- öffentlichen Tagungen, Konferenzen mit ExpertInnen (z.B. mit dem Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer).

Die SPD Wiesbaden entwickelt ein Konzept für Zielgruppen, die besonders für rechtsextreme Politik anfällig sind, um vor allem

- Junge Menschen,
- gewerbliche Arbeitnehmer,
- deutsche Bürger osteuropäischer Herkunft

zu erreichen und zu gewinnen.

A4

„Ein Awareness-Team – jetzt!“

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen mit der Maßgabe, dass der der UBV ein Konzept erarbeitet und dafür sorgt, dass das Awareness-Team auf dem nächsten ordentlichen Parteitag der SPD Wiesbaden gewählt wird.

- (1) Wir fordern die Einrichtung eines Awareness-Teams in der SPD-Wiesbaden, bestehend aus mindestens zwei Personen mit einer quotierten Besetzung.
- (2) Das Awareness-Team sollte außerhalb der hierarchischen Strukturen bestehen, weshalb eine gleichzeitige Mitgliedschaft im SPD-Vorstand ausgeschlossen ist. Das Team soll aus der Parteibasis durch die Mitglieder gewählt werden.
- (3) Die Aufgabe des Awareness-Teams soll darin bestehen, eine Anlaufstelle für Sexismus und Diskriminierung jeder Art zu sein. Sie haben die Aufgabe, bei persönlichen Grenzverletzungen zu unterstützen und für das Thema innerhalb der SPD zu sensibilisieren. Die dabei ausgetauschten Informationen müssen streng vertraulich behandelt werden. Das Awareness-Team kann eine beratende Rolle einnehmen oder auf Wunsch der Betroffenen auch aktiv werden.
- (4) Die Beauftragten sollen zuständig sein für Genoss*Innen und Jusos, aber auch für Menschen außerhalb der Partei, die Veranstaltungen der SPD besuchen oder besucht haben.

A5

Erhalt der Lebensgrundlagen – Nachhaltige Entwicklung als politische Leitlinie der SPD

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen, dass der Antrag durch Beschlusslage erledigt ist (Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007. S.17.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands orientiert ihre traditionellen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität an der Leitlinie Nachhaltige Entwicklung.

Antragsgruppe 2: Bund

A6

Neue Gesetzesstrategie zur Prostitution mit dem Ziel der Einführung des „Nordischen Modells“ auch in Deutschland

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen:

Die SPD-Bundestagsfraktion möge dafür Sorge tragen, dass in der Bundesgesetzgebung zur Prostitution in Deutschland eine Kehrtwende eingeleitet wird.

Nicht zuletzt durch die auch von Deutschland ratifizierte [Istanbul-Konvention](#) besteht dringender Handlungsbedarf - sowohl das [Prostitutionsgesetz](#) von 2002 als auch das [Prostituiertenschutzgesetz](#) von 2017 müssen zurückgenommen werden, um Frauen in der Prostitution vor Gewalt zu schützen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass Insbesondere das Prostitutionsgesetz von 2002 und die damit eingeleitete Liberalisierung der Prostitution in Deutschland schlimme Folgen für die betroffenen Frauen hat, während andererseits die gewünschten Zielsetzungen nicht eingetreten sind. So bietet die gegenwärtige Gesetzeslage keinen wirksamen Schutz vor Zwangsprostitution (Studien gehen von mind. 90% erzwungener Prostitution aus, mit allen damit verbundenen Zwangslagen und menschenunwürdigen Lebensumständen der betroffenen Frauen).

Ansatzpunkte für eine neue Gesetzgebung bietet das [Nordische Modell](#), das seit Jahren in Schweden, Norwegen, Island und Frankreich praktiziert wird. Die wesentlichen Merkmale des Nordischen Modells sind:

- 1) Entkriminalisierung der Prostituierten,
- 2) Kriminalisierung der Sexkäufer und Betreiber,
- 3) Finanzierung von Ausstiegsprogrammen für Prostituierte,
- 4) Prävention von Kindesbeinen an (beginnend im Kindergartenalter)

Antragsgruppe 3: Land

Initiativantrag A10

Mehr finanzielle Unterstützung für Musik- und Kunstschulen, sowie Volkshochschulen im Koalitionsvertrag verankern

Die Mitgliederversammlung hat beschlossen:

Die SPD-Verhandlungskommission für einen Koalitionsvertrag mit der CDU wird gebeten, die Förderung von Volkshochschulen, sowie Musik- und Kunstschulen als Bildungsauftrag für das Land Hessen in den Vertrag aufzunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Einrichtungen Landesseitig einer auskömmlichen Finanzierung zugeführt werden.

Antragsgruppe 4: Stadt

A7

Kommunale Altenpflege

Die Mitgliederversammlung der SPD Wiesbaden hat beschlossen, dass der Antrag Verwaltungshandeln erledigt ist

Kommunen kommt in der Altenpflege eine besondere Rolle zu, denn hier kann im vertrauten Umfeld der Senioren und Seniorinnen eine gute Betreuung auch mit freiwilligem Engagement umgesetzt werden. Das bedeutet auch Lebensqualität in der letzten Lebensphase.

Die AG 60plus legt großen Wert auf den Erhalt der Kommunalen Altenpflege und bittet die SPD-Stadtverordnetenfraktion sich für den Erhalt der Altenhilfe Wiesbaden (AHW) GmbH einzusetzen.

Die beiden Alten- und Pflegeheime der Altenhilfe Wiesbaden GmbH haben einen ausgezeichneten Ruf und überzeugen durch eine qualitativ hochwertige Betreuung, was auch die Belegungszahlen bestätigen.

Deshalb muss ein besonderes Augenmerk auf die zügige Umsetzung des Neubaus des Moritz-Lang-Hauses gerichtet werden.

Auch in Zeiten angespannter Haushaltslage muss die Umsetzung des Neubaus, nach jahrelangen Verzögerungen nun zeitnah realisiert werden

A8

Baulandbeschluss – Wiesbadens neue Wohnbaustrategie

Die Mitgliederversammlung hat in geänderter Fassung beschlossen:

Die Stadtverordnetenfraktion wird gebeten, bei allen Wohnbauplanungen ob neu oder im Bestand wo immer möglich auch ein Angebot mit förderfähigen Zuschnitten an barrierefreien und seniorengerechten Wohnmöglichkeiten vorzusehen. Betriebswohnungen und Wohnungen für Auszubildende sollen von der Stadt in Zusammenarbeit mit Unternehmen vorangetrieben werden. Leerstände in den Vororten müssen vermieden werden, um die Innenstadt zu entlasten. Dazu muss die nötige Infrastruktur (Kitas, Schulen, Begegnungsstätten, Grundversorgung ÖPNV) in den Vororten vorhanden oder zumindest gut erreichbar sein.

A9

Nachhaltiger Umgang mit Grünflächen

Die Mitgliederversammlung hat den Antrag an den Unterbezirks-Beirat überwiesen:

Die Stadt Wiesbaden sowie die SPD-Stadtverordnetenfraktion setzen sich konsequent dafür ein, dass bei künftigen Planungen keine landwirtschaftlichen und Gartenflächen verlorengehen.

- Neuer Wohnraum soll vorzugsweise auf bereits versiegelten Arealen geschaffen werden, oder in bereits bestehenden Gebäuden.
- Die Stadt soll die Bürgerinnen und Bürger anregen, ihre Hausgärten nicht mit Schotter zu bedecken, sondern Nahrungspflanzen oder Blumen zu kultivieren – auch auf Balkonen, Flachdächern und anderen geeigneten Stellen.
- Nachdrücklich wird die Stadt die Bürgerinnen und Bürger vor den Gesundheitsgefahren beim Einsatz von Pestiziden warnen.
- Die öffentlichen bzw. kommunalen Parkanlagen und alle anderen kommunalen Flächen sind im Sinne der Biodiversität weiter zu entwickeln.
- Die Stadt Wiesbaden soll bislang noch konventionell arbeitende land- oder gartenbauliche Betriebe zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise ermutigen: durch Werbung, Aufklärung, gezielte Förderung und steuerliche Anreize.

Antragsbegründung:

Manche Genossinnen und Genossen werden sich fragen: Landwirtschaft, Gärtnern – sind das überhaupt unsere Themen? Ist es nicht besser, wenn wir unser Profil schärfen und uns auf den „Markenkern“ unserer Partei konzentrieren: den Kampf um soziale Gerechtigkeit. So oder so ähnlich hört man es öfter in unserer Partei. Umweltschutz – und damit auch Themen wie Landwirtschaft und Gartenbau – können wir dieser Position zufolge getrost den „Grünen“ überlassen, und die Wirtschaft der CDU und der FDP. „Denn im Zweifel wählen die Leute das Original“. Dem ist entgegenzuhalten, dass das Thema Landwirtschaft und ökologische Flächenpolitik bereits in zahlreichen Punkten Eingang in das SPD-Wahlprogramms für die Landtagswahl gefunden hat.

Wir meinen, diese Position ist falsch. Wir können nicht für soziale Gerechtigkeit eintreten und gleichzeitig Wirtschaft und Umwelt anderen Parteien überlassen, ebenso wenig Landwirtschaft und Gartenbau. Das alles sind SPD-Themen! Schon in unserem Hamburger Programm von 2007 haben wir eine nachhaltige Landwirtschaft gefordert. Sehr konkret steht das zuletzt in unserem Programm zur Landtagswahl 2023: Unsere Landwirtschaft soll „in ökologisch verträglichen Stoffkreisläufen innerhalb der Grenzen der natürlichen Ressourcen“ arbeiten. Sie soll gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel produzieren. Sie soll durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie soll die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Sie soll im Einklang mit dem Wohl der Tiere, dem Naturschutz und der Biodiversität wirtschaften. Und sie soll den Landwirtinnen und Landwirten ein gutes und verlässliches Einkommen verschaffen.

Diese Ziele müssen wir auch in Wiesbaden anstreben. Hier gibt es große Grünflächen, auf denen Landwirtschaft betrieben wird. Es gibt hier ausgedehnte Wälder, professionellen Gartenbau, viele private Gärten und große öffentliche Parkanlagen. Die Stadtverwaltung verfügt über zahlreiche Möglichkeiten, den Umgang mit diesen Flächen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu regulieren. Besonders hilfreich ist dabei, wenn sie eine nachhaltige Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen, Stadtgärten und Klein- und Kleinstgärten fördert. Dafür kann sie die Instrumente der Stadtplanung und der Ordnungsverwaltung einsetzen. Gerade auf den Flächen, die ihr gehören, kann sie Vorschriften zur nachhaltigen Nutzung durchsetzen. Sie kann informieren und beraten. Sie kann nachhaltige Nutzung finanziell fördern. Und sie kann kommunale Steuern und Abgaben auf nachhaltig genutzte Flächen senken oder ganz streichen.

Das wird allen Menschen in dieser Stadt nützen, besonders jenen, die sich keine der schönen Wohnungen in der Nähe eines Parks leisten können. Ein sozial gerechtes Wiesbaden heißt auch: fruchtbare Böden bewahren – und Wälder, landwirtschaftliche Flächen, Gärten und Parkanlagen nachhaltig gestalten.

Feststellung der Antragskommission:

S. 17:

Z8f: Widerspricht aktueller Beschlusslage.

Z10ff: Erledigt durch Vorgartensatzung der LH Wiesbaden

Änderung Z13f: Das Gesundheitsamt soll Aufklärungsmaterialien zur Verfügung stellen, die vor den Gesundheitsgefahren beim Einsatz von Pestiziden warnen.

Änderung Z15f: Die Weiterentwicklung von öffentlichen bzw. kommunalen Parkanlagen erfolgt nach biodiversen Gesichtspunkten.

Z19: Streichung „und steuerliche Anreize“.